

Nr. 15/574

Folgende Tagesordnungspunkte werden ausgesetzt:

1. Aktionsprogramm Flussgebiet Weser 2000 bis 2010
Große Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
vom 6. Februar 2001
(Drucksache 15/617)
2. Gesetz zur Änderung des Bremischen Polizeigesetzes
Mitteilung des Senats vom 23. Januar 2001
(Drucksache 15/599)
2. Lesung
3. Gesundheit von Kindern und Jugendlichen: Entwicklung, Bewertung und Prävention
Große Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
vom 28. Februar 2001
(Drucksache 15/641)
4. Gesellschaftliches Engagement von Jugendlichen im Land Bremen
Große Anfrage der Fraktionen der CDU und der SPD
vom 19. März 2001
(Drucksache 15/665)
5. Lehrplanarbeit intensivieren – Unterricht modernisieren
Große Anfrage der Fraktionen der CDU und der SPD
vom 19. März 2001
(Drucksache 15/666)
6. Schnelle Zugverbindungen in Nordwestdeutschland erhalten und ausbauen
Mitteilung des Senats vom 20. März 2001
(Drucksache 15/668)
7. Städtemarketing auch durch Beschilderung fördern
Antrag der Fraktionen der SPD und der CDU
vom 20. März 2001
(Drucksache 15/672)
8. Landesenergieprogramm – Zweite Fortschreibung (2001)
Mitteilung des Senats vom 20. März 2001
(Drucksache 15/673)
9. Serviceleistungen für Ältere
Antrag der Fraktionen der CDU und der SPD
vom 23. März 2001
(Drucksache 15/676)
10. Veränderungen in der gymnasialen Oberstufe
Große Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
vom 2. April 2001
(Drucksache 15/682)

11. Wettbewerb um die Köpfe – Internationales Marketing für den Bildungs- und Forschungsstandort Bremen
Große Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
vom 6. April 2001
(Drucksache 15/686)
12. Bremisches Gesetz zum Schutz vor schädlichen Umwelteinwirkungen (Bremisches Immissionsschutzgesetz – BremImSchG)
Mitteilung des Senats vom 24. April 2001
(Drucksache 15/691)
1. Lesung
2. Lesung
13. Konzeption zur Verbesserung der Situation der Opfer von Frauenhandel und Zwangsprostitution
Mitteilung des Senats vom 24. April 2001
(Drucksache 15/692)

Nr. 15/575

Fragestunde

1. Flughafen Bremen
Anfrage der Abgeordneten Ursula Arnold-Cramer, Töpfer, Böhrnsen und Fraktion der SPD vom 23. März 2001

Diese Anfrage ist vom Fragesteller zurückgezogen.
2. Ausbildungspool Bremerhaven e. V.
Anfrage der Abgeordneten Günthner, Böhrnsen und Fraktion der SPD vom 27. März 2001
3. Handlungsanweisung zum Umgang mit TBT-belastetem Baggergut
Anfrage der Abgeordneten Dr. Karin Mathes, Dr. Güldner und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 30. März 2001
4. Schieneninfrastruktur Bremen–Bremerhaven
Anfrage der Abgeordneten Mützelburg, Dr. Helga Trüpel und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 3. April 2001
5. Gen-Analyse als Herkunftsbestimmung?
Anfrage des Abgeordneten Dr. Güldner und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 18. April 2001
6. Abwanderung bremischer Firmen
Anfrage der Abgeordneten Brumma, Böhrnsen und Fraktion der SPD vom 24. April 2001
7. Vorgesehene Biotopkartierungen
Anfrage der Abgeordneten Imhoff, Eckhoff und Fraktion der CDU vom 25. April 2001
8. Fortsetzung des Projektes „Mama lernt Deutsch“
Anfrage der Abgeordneten Dr. Güldner, Karoline Linnert und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 25. April 2001
9. PCB-Belastung in Schulen und Kindertagesheimen
Anfrage der Abgeordneten Dr. Karin Mathes, Karoline Linnert und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 26. April 2001

10. **Biblischer Geschichtsunterricht an Bremer Schulen**

Anfrage der Abgeordneten Bürger, Eckhoff und Fraktion der CDU vom 27. April 2001

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von den Antworten des Senats Kenntnis.

Nr. 15/576

Aktuelle Stunde

Die Bürgerschaft (Landtag) führt auf Antrag der Abgeordneten Dr. Güldner, Karoline Linnert und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen eine Aktuelle Stunde über folgendes Thema durch:

„Senator Dr. Schultes Sturz – Ein Senat ohne Innen-, Kultur- und Sportpolitik findet einen Schuldigen“

Nr. 15/577

Ausgleichsflächen im Land Bremen

Große Anfrage der Fraktion der CDU vom 17. November 2000 (Drucksache 15/534)

D a z u

Mitteilung des Senats vom 27. März 2001

(Drucksache 15/679)

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Antwort des Senats Kenntnis.

Nr. 15/578

Gesundheitswirtschaft als Standortfaktor

Große Anfrage der Fraktionen der SPD und der CDU vom 15. November 2000 (Drucksache 15/533)

D a z u

Mitteilungen des Senats vom 12. Dezember 2000 und 15. Mai 2001

(Drucksachen 15/562 und 15/719)

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Antwort des Senats Kenntnis.

Nr. 15/579

Gesundheitswirtschaft

Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 15. Mai 2001 (Drucksache 15/712)

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag ab.

Nr. 15/580

Hilfe für Schwangere in Not und Schutzmaßnahmen für ausgesetzte Neugeborene

Antrag der Fraktionen der CDU und der SPD vom 21. Februar 2001 (Drucksache 15/635)

1. Der Senat wird aufgefordert, sich auf Landes- und Bundesebene für eine Veränderung des Personenstandsgesetzes einzusetzen mit dem Ziel, die Meldefristen bei Geburten auf wenigstens zehn Wochen zu verlängern.
2. Der Senat wird um einen Bericht gebeten, der die bestehenden Hilfesysteme für Schwangere beschreibt.
3. Der Senat wird aufgefordert zu prüfen, inwieweit unter Berücksichtigung der Erfahrungen mit vergleichbaren Einrichtungen in anderen Bundesländern die Einrichtung eines „Bremer Babyfensters“ zur Aufnahme von ansonsten ausgesetzten Neugeborenen im Lande Bremen initiiert und unterstützt werden kann.

Nr. 15/581

Gender Mainstreaming gezielt und konsequent umsetzen

Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
vom 27. Februar 2001
(Drucksache 15/638)

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag ab.

Nr. 15/582

Gleichstellung von Frauen und Männern gezielt und konsequent umsetzen – Gender Mainstreaming als Strategie im politischen Handeln verankern

Antrag der Fraktionen der SPD und der CDU
vom 15. Mai 2001
(Drucksache 15/715)

1. Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf, den Gedanken, Zielen und Prinzipien des „Gender Mainstreaming“ in allen Verantwortungsbereichen bremischer Politik die notwendige Bedeutung und Geltung zu verschaffen. Dieser Prozess kann durch folgende Einzelmaßnahmen begleitet und unterstützt werden:
 - Führungskräfte sollen in Fortbildungen mit Thema, Zielen und Prinzipien des „Gender Mainstreaming“ vertraut gemacht werden mit dem Ziel, es im praktischen Führungsprozess angemessen zu berücksichtigen, und motiviert werden, es entsprechend anzuwenden und umzusetzen. Dabei kommt Wissen um Handlungsmöglichkeiten zum Erkennen und zum Abbau geschlechterspezifischer Ungerechtigkeiten und Diskriminierungen besondere Bedeutung zu. Entsprechend der Zielsetzung und dem Anspruch des „Gender Mainstreaming“, Prinzip des täglichen Handelns und Entscheidens zu sein, sollen die entsprechenden Inhalte grundsätzlich selbstverständlicher Bestandteil auch des bestehenden Fortbildungsangebotes insbesondere für Führungskräfte werden.
 - Zur Feststellung von Handlungsbedarfen, aber auch zur Beurteilung von Entwicklungen und Erfolgen bei der Umsetzung des „Gender Mainstreaming“ soll bei den in der Zuständigkeit des Landes geführten Statistiken, im Berichtswesen und bei Evaluationen möglichst eine geschlechterdifferenzierte Erhebung, Auswertung und Veröffentlichung von Daten erfolgen.
2. Der Senat wird gebeten, neben den Maßnahmen zur Umsetzung des „Gender Mainstreaming“ im unmittelbaren Verantwortungsbereich der öffentlichen Hand zu prüfen, wie im Zusammenwirken insbesondere z. B. mit Unternehmen, Verbänden und Kammern Ziele und Prinzipien in der gesamten Arbeitswelt umgesetzt werden können.
3. Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf, für die praktikable Umsetzung des „Gender Mainstreaming“ Zuständigkeiten in seinen Verantwortungsbereichen festzulegen. Außerdem sollen Indikatoren und Prüfinstrumente entwickelt werden, die die Umsetzung deutlich machen und gegebenenfalls eine Weiterentwicklung ermöglichen.

4. Die Bürgerschaft (Landtag) bittet den Senat, ihr bis Ende 2001 einen Bericht vorzulegen über den Stand der Umsetzung dieses Vorhabens insgesamt sowie der Einzelmaßnahmen.

Nr. 15/583

Armut und Reichtum in Bremen

Große Anfrage der Fraktion der SPD
vom 7. Februar 2001
(Drucksache 15/619)

D a z u

Mitteilung des Senats vom 8. Mai 2001

(Drucksache 15/704)

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Antwort des Senats Kenntnis.

Nr. 15/584

Regelmäßige Sozialberichterstattung

Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
vom 15. Mai 2001
(Drucksache 15/714)

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag ab.

Nr. 15/585

Berufsorientierung von Schülerinnen und Schülern – Zur Problematik des Übergangs von der Schule in den Beruf

Große Anfrage der Fraktionen der SPD und der CDU
vom 7. Februar 2001
(Drucksache 15/620)

D a z u

Mitteilung des Senats vom 17. April 2001

(Drucksache 15/688)

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Antwort des Senats Kenntnis.

Nr. 15/586

Parlamentarische Kontrolle der akustischen Wohnraumüberwachung im Bereich der Strafverfolgung

Antrag der Fraktionen der SPD, der CDU und Bündnis 90/Die Grünen
vom 21. März 2001
(Drucksache 15/675)

Die Bürgerschaft (Landtag) ersucht den Senat, ihr jährlich auf der Grundlage der nach § 100 e Absatz 1 der Strafprozessordnung vorgelegten Berichte über die durchgeführten Maßnahmen nach § 100 c Absatz 1 Nummer 3 der Strafprozessordnung zu berichten, die von einem bremischen Gericht angeordnet worden sind.

Nr. 15/587

Zweites Abkommen zur Änderung des Abkommens über die Zusammenarbeit auf verschiedenen Gebieten des Gesundheitswesens in Norddeutschland

Mitteilung des Senats vom 27. März 2001
(Drucksache 15/678)

Die Bürgerschaft (Landtag) stimmt dem zweiten Abkommen zur Änderung des Abkommens über die Zusammenarbeit auf verschiedenen Gebieten des Gesundheitswesens in Norddeutschland einschließlich der Änderung der Einzelabkommen (zur Arzneimitteluntersuchung, zur Giftinformation, zur Schifffahrtsmedizin und zum Norddeutschen Zentrum zur Weiterentwicklung der Pflege) sowie dem Abkommen über die Beteiligung des Landes Hessen am Abkommen über die Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Arzneimitteluntersuchung.

Nr. 15/588

23. Jahresbericht des Landesbeauftragten für den Datenschutz vom 30. März 2001

(Drucksache 15/681)

Die Bürgerschaft (Landtag) überweist den 23. Jahresbericht des Landesbeauftragten für den Datenschutz zur Beratung und Berichterstattung an den Datenschutzausschuss.

Nr. 15/589

Bericht des Petitionsausschusses Nr. 26 vom 19. April 2001

(Drucksache 15/689)

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt die Behandlung der Petitionen wie vom Ausschuss empfohlen.

Nr. 15/590

Bericht des Petitionsausschusses Nr. 27 vom 8. Mai 2001

(Drucksache 15/701)

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt die Behandlung der Petitionen wie vom Ausschuss empfohlen.

Nr. 15/591

Wahl eines Mitglieds des Betriebsausschusses Justizdienstleistungen

Die Bürgerschaft (Landtag) wählt den Abgeordneten

Heiko S t r o h m a n n

anstelle der Abgeordneten Sigrid Koestermann zum Mitglied des Betriebsausschusses Justizdienstleistungen.

Nr. 15/592

Haushaltsrechnung der Freien Hansestadt Bremen für das Haushaltsjahr 1998 (Land)

Mitteilung des Senats vom 19. Oktober 1999
(Drucksache 15/86)

Die Bürgerschaft (Landtag) erteilt dem Senat gemäß § 114 Absatz 1 der Landeshaushaltsordnung Entlastung.

Nr. 15/593

Jahresbericht 2000 über die Prüfung der Haushalts- und Wirtschaftsführung und der Haushaltsrechnung 1998 der Freien Hansestadt Bremen (Land) des Rechnungshofs

vom 28. August 2000

(Drucksache 15/410)

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von dem Jahresbericht des Rechnungshofs Kenntnis.

Nr. 15/594

Bericht und Antrag des staatlichen Rechnungsprüfungsausschusses zur Haushaltsrechnung der Freien Hansestadt Bremen für das Jahr 1998 (Mitteilung des Senats vom 19. Oktober 1999 – Drs. 15/86) und zum Jahresbericht 2000 des Rechnungshofs (Drs. 15/410 vom 28. August 2000)

vom 24. April 2001

(Drucksache 15/690)

Die Bürgerschaft (Landtag) tritt den Bemerkungen im Bericht des staatlichen Rechnungsprüfungsausschusses bei.

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von dem Bericht des staatlichen Rechnungsprüfungsausschusses Kenntnis.

Nr. 15/595

Wahl eines Vertreters der Bremischen Bürgerschaft für den Kongress der Gemeinden und Regionen Europas (KGRE)

Die Bürgerschaft (Landtag) wählt den Abgeordneten

Rainer N a l a z e k

als Vertreter der Bremischen Bürgerschaft für den Kongress der Gemeinden und Regionen Europas (KGRE).